

Wohnungsbaugesellschaft Kehl angemietet, nach den Wünschen des Landratsamts für Wohnheimzwecke entsprechend hergerichtet und an dieses für mehrere Jahre weitervermietet worden. Dank freundlichem Entgegenkommen und unbürokratischem Engagement der Verantwortlichen der Stadt Kehl und der Kehler Wohnbau ist dieses große Projekt gut und zügig fertiggestellt worden. Im darauffolgenden Mai wurde schließlich das bislang letzte und kleinste, einer Bank gehörende Objekt in Lautenbach, Hinter Winterbach mit rd. 60 Plätzen angemietet.

Wer dachte, nach Erstellung der vielen neuen Wohnheimplätze, mittlerweile insgesamt über 2 100 und damit die höchste Anzahl im Land, eine gewisse Beruhigung in die Unterbringungssituation zu bekommen, sah sich schon bald getäuscht. Da die monatlichen Zuweisungen im Frühjahr 1992 auf rd. 100 abgefallen waren, reichten diese bei weitem nicht aus, die neugeschaffenen Heimplätze unverzüglich und vollständig zu belegen. Infolgedessen wurden Umverlegungen aus den noch bestehenden Ausweichquartieren vorgenommen. Diese waren aus Gründen einer effektiven verwaltungsmäßigen und sozialen Betreuung und nicht zuletzt aus Kostengründen erforderlich, wollte man neben den anteiligen Miet- und Personalkosten für jeden unbelegten Heimplatz nicht noch weiterhin die Unterbringungskosten für den tatsächlich belegten Platz im Ausweichquartier bezahlen. Der weitaus größte Teil der Betroffenen kam den Umsetzungsbitten der Eingliederungsbehörde, wenn auch teilweise nur sehr zögerlich, nach. Ein kleinerer Teil jedoch bestand beharrlich auf die Beibehaltung des bisherigen Quartiers. Einige beriefen sich auf Arbeitsaufnahme oder Aussicht auf baldige Wohnung am Ort, andere auf schulpflichtige Kinder. Sie wurden dabei unterstützt von Arbeitgebern, Lehrern und nicht zuletzt den Wirten. So hatte nun die Eingliederungsbehörde jeden Einzelfall genau zu überprüfen. War die Argumentation glaubhaft und schlüssig, wurde im Rahmen einer Härteregelung ein befristetes Verbleiben zugelassen.

Ende Dezember 1992 hatten die Aussiedler-Neuzuweisungen des abgelaufenen Jahres die Vorjahreszahl erreicht; der Unterbringungsbestand reduzierte sich auf knapp 2 100, davon nur noch rd. 30 in Ausweichquartieren. Der dortige Tagessatz konnte auf 15,- DM/Person abgesenkt werden.

Im April 1993 befinden sich noch knapp 2 000 Aussiedler in den staatlichen Unterkünften des Ortenaukreises. Die Neuzugänge von rd. 80 pro Monat halten sich in etwa die Waage mit den Abmeldungen. Kürzlich hat der letzte Übersiedler aus der ehemaligen DDR seine Unterkunft verlassen. Seit Monatsanfang ist kein einziges Ausweichquartier mehr belegt. Infolge der langen Dichtbelegungszeiten mußten viele Betriebe nach Vertragsende von Grund auf renoviert werden. In den Heimen ist allmählich etwas Platz